



Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät II Institut

für Informatik

Prof. Dr. Wolfgang Coy
Informatik in Bildung und Gesellschaft

Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission Internet
und digitale Gesellschaft -
Sekretariat-
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Datum:
02.07.10

Anbei finden Sie meine Anmerkungen zu den Fragen der Kommission mit der Sie bitte so verfahren, wie es Ihnen angemessen scheint.

Postanschrift:
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin
Telefon: +49 [30] 2093-3167
+49(0) 178 2093-456
Telefax: +49 [30] 2093-3168

Coy@hu-berlin.de
<http://waste.informatik.hu-berlin.de>

Mit bestem Gruß

Sitz:
Johann von Neumann-Haus
Rudower Chaussee 25
Gebäude III Raum 4.08
D-12489 Berlin

Ihr Wolfgang Coy

Anlage

Gesellschaftliche und mediale Auswirkungen der Digitalisierung

1. Wer nutzt digitale Medien und wie wird sich die Nutzung voraussichtlich weiterentwickeln? In welcher Weise und wie verändert die künftige Nutzung digitaler Medien die Wirtschaft in Deutschland, unsere Kultur und das Verhältnis bzw. die klassische Trennung von Arbeit und Freizeit? Was kann getan werden, um die anzunehmenden Auswirkungen des veränderten Mediennutzungsverhaltens positiv im Sinne von mehr Wertschöpfung, mehr Arbeitsplätzen und einer höheren Lebensqualität in Deutschland zu beeinflussen? (Frage der CDU/CSU-Fraktion)

Die Nutzung digitaler Medien wird weitgehend identisch mit Mediennutzung überhaupt. Die besonderen Eigenschaften des Internets, insbesondere des mobil zugänglichen Internets, verändert den alltäglichen Umgang mit Medien damit erheblich. Da das Internet nicht nur für viele Nutzer als Hilfsmittel ihrer täglichen Arbeit dient, sondern auch zum umfassenden Unterhaltungsmedium geworden ist, vermischen sich die Bereiche Freizeit und Arbeit deutlich. Dies ist nicht nur der technischen Entwicklung geschuldet; diese Entwicklung folgt auch anderen Tendenzen wie zum Beispiel der zunehmenden Akademisierung der berufstätigen Bevölkerung. Bei selbstständiger Arbeit verlief schon früher die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit flexibel; in den häufig abhängigen Selbstständigkeiten moderner Berufe wird dies ebenso deutlich erkennbar.

Der Übergang von der Industriegesellschaft zu einer post-industriellen Gesellschaft ist in vollem Gange. Eines der Merkmale dieser post-industriellen Gesellschaft ist eine zunehmende Nutzung von Informations- und Kommunikationsmedien. Eine allgemein gültige Verhaltensanweisung, um Wertschöpfung, Arbeitsplätze, und Lebensqualität in dieser Transformationsperiode zu steigern, wird es nicht geben können. Dies muss in den konkreten Kontexten entschieden werden. Um diese Potenziale nutzen zu können, ist es freilich wichtig und sinnvoll, allen Bürgern einen hohen Standard der Teilhabe unter Nutzung dieser Technik zu bieten. Wir brauchen eine informationelle Grundversorgung für alle Bürger zu akzeptablen Bedingungen.

2. Welche Auswirkungen hat das veränderte Mediennutzungsverhalten auf die Anbieter traditioneller Medien, auf den Stellenwert unterschiedlicher Medien und auf deren wirtschaftliche Entwicklung? Welche Kenntnisse und Fähigkeiten sollten wie gefördert werden, um jedem Einzelnen die Auswahl, die Einordnung und die Bewertung der im Internet nahezu unbegrenzt zur Verfügung stehenden Informationen zu ermöglichen? Was kann im nationalen und im im-



ternationalen Rahmen getan werden, um die Meinungsvielfalt und damit zugleich das Internet als freiheitliches Informationsmedium zu sichern? (Frage der CDU/CSU-Fraktion)

Die traditionellen Medien werden zu Digitalen Medien transformiert. Während dies bei den elektronischen Medien schon weitgehend geschehen ist, befinden sich die Printmedien noch im Umbruch. Die digitalen Medien selber wandeln sich in Internetangebote. Zur gleichen Zeit entstehen neue digitale Medienangebote, die in Konkurrenz zu den bestehenden Angeboten auftreten. Insofern findet dieser Wandel nicht ohne Gewinner und Verlierer statt. Freilich müssen wir hier sehr deutlich zwischen den Inhalten der Medienangebote und den Formen dieser Angebote unterscheiden. Es gibt keinen Grund herkömmliche Formen der Medien besonders zu schützen.

Im Umgang mit den neuen Medien gibt es zwei besondere Herausforderungen. Zugang und Teilhabe muss für alle möglich sein und die Nutzung muss kompetent erfolgen. Das eine verlangt die Bereitstellung einer geeigneten Infrastruktur, das andere die Erziehung zur Medienkompetenz.

Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sind durch das Internet derzeit nicht gefährdet. Einschränkungen drohen durch politisch-rechtliche Maßnahmen oder durch unmäßige kommerzielle Marktmacht, auch wenn die Technik des Internets solchen Versuchen zumindest tendenziell entgegen steht. Um Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit zu bewahren, gilt es, eine Regulierungsstrategie zu verfolgen, die diese beiden Gefahren im Internet beschränkt. Eine solche freiheitliche Regulierungsstrategie sollte auch im internationalen Kontext vertreten werden.

- 3 Wie verändern sich die Kommunikationsstrukturen der digitalen Gesellschaft und welche Konsequenzen oder auch Gefährdungen ergeben sich hieraus für die individuelle Kommunikation, die Öffentlichkeit, Journalismus und die politische Kommunikation und inwiefern müssen die Kommunikations- und Medienfreiheiten diesen Herausforderungen angepasst werden und welche neuen Formen der Teilhabe sind denkbar? (Frage der SPD-Fraktion)

Mit den neuen technischen Möglichkeiten sind schnellere, vielfältigere und großflächigere Kommunikationsformen zu beobachten. Zweifellos verändert dies den Begriff der politischen Öffentlichkeit, der im letzten Jahrhundert durch Zeitung, Rundfunk und Fernsehen, also Massenmedien, geprägt war. Individuelle Kommunikation nimmt gegenüber der letzten Endes von einige Zentren ausgehenden Massenkommunikation einen viel größeren Raum ein. Dies erhöht die Mög-



lichkeiten der einzelnen zur kommunikativen Teilhabe. Man mag dies als positive Entwicklung einschätzen.

Es entsteht freilich das Problem, dass Massenmedien Ihre Funktion als Medium der Selbstverständigung und der Selbstreflexion der Gesellschaft verlieren und die neuen digitalen Netzmedien wie etwa E-Mail, Chat, Blogs oder soziale Netzwerkdienste diese Funktionen nicht oder noch nicht übernehmen. Damit stellt sich eine zentrale Frage für die Ausprägung unserer Demokratie: Wo findet die politische Meinungsbildung künftig statt, wenn die Massenmedien diese Funktion nicht mehr prägen? Wir können erste Verschiebungen etwa in Form internet-getragener Petitionen beobachten. Fraglos stehen wir hier vor einer großen politischen Herausforderung.

- 4 Welche Chancen bietet die digitale Gesellschaft für die Emanzipation der immer noch in vielen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligten Frauen, welche Veränderungen des weiblichen Rollenbildes und klassischer geschlechtsspezifischer Zuschreibungen sind durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche möglich und zu erwarten? (Frage der Fraktion DIE LINKE.)

Es gibt keine Gründe, warum Teilhabe und Emanzipation unter den Bedingungen der Digitalisierung aller Lebensbereiche eingeschränkt verlaufen sollten. Trotzdem muss diese Entwicklung in konkreten Kontexten aktiv vorangetrieben werden.

Um ein Beispiel zu nennen: In der Ausbildung zur Informatik haben wir (wie anderen technischen Fächern auch) über viele Jahre eine Dominanz männlicher Bewerber beobachten müssen, obwohl es keine Gründe zur Bevorzugung eines Geschlechts gegenüber dem anderen in dieser Ausbildung gibt. Der Verdacht besteht, dass diese Präferenz bereits in der Schule entsteht. Wir haben bundesweit deshalb unterschiedlichste Ansätze zur Korrektur dieser Entwicklung begonnen, zum Beispiel durch einen Girl's Day für Schülerinnen oder regelmäßige Einladungen und Besuche von Schulen, um ein realistisches Bild des Studiums zu vermitteln.

Mein Institut stellt zudem eine betreuende Stelle im Fachbereich Informatik für die weiblichen Bewerber und Studierenden bereit. Damit haben wir die Zahl der weiblichen Studierenden von Null im Jahre 1 995 auf jetzt 1 8% erhöht. Wir sehen dies noch nicht als arg großen Erfolg an, hoffen aber, auf dem richtigen Weg zu sein. Erstaunlicherweise gibt es solche Gender-Probleme nicht im verwandten Fach Medien-Informatik, obwohl sich die Studieninhalte von Informatik und Medien-Informatik nicht sonderlich unterscheiden.

Medienkompetenz

1. Welche Auswirkungen haben digitale (Unterhaltungs-)Medien auf die Persönlichkeitsentwicklung insbesondere auch im Vergleich zu anderen Medien? Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Medienkompetenz in Familie und Gesellschaft sind geeignet, negativen Auswirkungen vorzubeugen? Wie und in welcher Weise kann der Bereich eLearning, das Lernen in der Schule, die Ausbildung von Lehrern und in Unternehmen von Mechanismen und Technologien insbesondere digitaler Unterhaltungsmedien profitieren? Können von digitalen Unterhaltungsmedien innovierende Impulse ausgehen? Welche sind dies und welche gesellschaftlichen Gruppen werden hiervon in besonderem Maße beeinflusst? (Frage der CDU/CSU-Fraktion)

Medien haben grundsätzlich die Kraft zur Bildung. Das Problem ist, dass Unterhaltungsmedien dies kaum wahrnehmen. Die einzig mögliche Gegenstrategie ist es, die Nutzer kompetenter in ihrem Umgang mit den Medien zu machen. Erziehung zur Medienkompetenz muss früh einsetzen, wenngleich sie nie zu spät ist. Dies ist eine Erziehungsaufgabe, die nicht nur im häuslichen Raum sondern auch in der Schule anzusiedeln ist. Freilich ist dies keine Aufgabe für einen eigenständigen Schulfach: Medienkompetenz gehört in alle Schulfächer. Ein Akzent muss sicherlich in den informatiknahen Fächern wie dem Fach informationstechnische Grundbildung (ITG) gesetzt werden.

E-Learning in den unterschiedlichsten Formen besitzt ein großes Potenzial in allen Bildungsstufen. Dies ist freilich ständig experimentell zu überprüfen und weiter zu entwickeln; wir sind ja erst am Anfang dieser Entwicklung. Die Unterhaltungsmedien spielen dabei bislang keine große Rolle und ich erwarte auch keine Änderung dieses Zustandes. Bildung bleibt in der Verantwortung der gesellschaftlichen Bildungsträger – und des Elternhauses.

2. Wie kann das Bewusstsein von Nutzern in Sozialen Netzwerken, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, für die Sensibilität der eigenen Daten gestärkt werden? Sehen Sie diese Aufgabe primär im Bildungssystem oder sollten die Betreiber sozialer Netzwerke selbst dafür sorgen? Welche Bedeutung haben Soziale Netzwerke auf der Ebene lokaler/regionaler Gemeinschaften? Wie verändert die Nutzung sozialer Netzwerke herkömmliche Formen gesellschaftlichen Miteinanders und Aktivitäten, etwa in Vereinen, Parteien, Nichtregierungsorganisationen oder bei anderen sozialen Engagements? (Frage der FDP-Fraktion)

Die Folgen mangelnden Datenschutzes müssen viel deutlicher gemacht werden. Hier ist das Bildungssystem sicherlich gefordert – nicht nur im Spezialfach informationstechnische Grundbildung (ITG). Das entlässt die Betreiber sozialer Netzwerke keineswegs aus der Pflicht, strengen Datenschutzvorgaben nachzukommen und ihre Nutzer proaktiv über ihre Rechte und ihre Risiken aufzuklären. Ich sehe hier ein besonderes Problem bei den ausländischen sozialen Netzwerken, die ihre jeweilige nationale Kultur in einer gewissen Ignoranz auch in Deutschland umsetzen, wo Regulation und Erwartung an ein bestimmtes Datenschutzniveau höher sein kann.

Soziale Netzwerke werden auch für lokale und regionaler Gemeinschaften eine größere Bedeutung erlangen. Dies sollte von Vereinen, oder Parteien nicht ignoriert werden, wenn sie ihre Klientel weiterhin ansprechen wollen. Es gibt freilich keinen Grund, warum ihre lokalen Aktivitäten nicht auch in potentiell globalen sozialen Netzwerken umgesetzt werden können. Ich sehe da eher eine Ergänzung als eine Konkurrenz.

Wirtschaft und Arbeitswelt

1. Wie weit ist die Digitalisierung von Unternehmen und der Arbeitswelt bereits voran geschritten und wann wird sie abgeschlossen sein? Welche Tätigkeiten und Berufe werden unmittelbar, welche eher am Rand und welche überhaupt nicht erfasst? Welche Branchen werden von der Digitalisierung der Arbeit besonders profitieren, welche werden eher mit Herausforderungen konfrontiert sein? Wie wird sich Deutschland dabei im internationalen Wettbewerb entwickeln und beeinflusst die Digitalisierung der Arbeitswelt die Position Deutschlands als Technologiestandort positiv oder negativ? (Frage der CDU/CSU-Fraktion)

Die Digitalisierung erfasst praktisch alle Bereiche der Arbeitswelt und es sind keine scharfen Grenzen erkennbar. Alle Sektoren sind betroffen, wobei die Bürotätigkeiten und Tätigkeiten, die mit Arbeit an Texten verbunden sind, schneller erreicht werden als andere. Deutschland nimmt eine führende Rolle in dieser Umgestaltung ein, was nicht zuletzt auf der besonderen Ausprägung der Facharbeitertätigkeiten, aber auch auf einer stark entwickelten und fortschreitenden Akademisierung der nachwachsend Jahrgänge beruht.

Es scheint mir evident, dass ein ein Zurückweichen in der Digitalisierung der Arbeitswelt die wirtschaftliche Kompetenz Deutschlands schwächen würde.

2. In welchem Maße prägen Produkte der ITK-Branche den Wandel zur digitalen Gesellschaft? Welche technologischen Entwicklungen stehen dabei im Mittelpunkt? Bei welchen dieser Technologien be-



sitzt Deutschland in Wirtschaft und Wissenschaft im internationalen Vergleich besondere Kompetenzen und wie können diese ausgebaut werden? Wie wirken sich diese Technologien auf das Leben der Bürger, auf die Rolle des Staates und auf den Wirtschaftsstandort Deutschland aus und was kann getan werden, um staatliches Handeln transparenter zu machen sowie um neue unternehmerische Aktivitäten zu erleichtern? (Frage der CDU/CSU-Fraktion)

Digitalisierung beruht auf digitalen Speichermedien, programmierbaren Prozessoren und digitalen Netzen. Zentrale Knoten diese Netze sind große Rechner (Server). Für die Endbenutzer sind es PCs, Laptops, Smartphones oder digitaler Mediengeräte, die eine programmierte Verarbeitung der eingegebenen, gespeicherten oder übers Netz vertriebenen Daten ermöglichen. Die technologische Kompetenz Deutschlands erstreckt sich über die gesamte Informations- und Kommunikationstechnologie, wobei wir Systemtechnik noch gut beherrschen, die Produktion einzelner Geräte oder essenzieller Software, wie zum Beispiel Betriebssystemsoftware, freilich nur noch in internationaler Arbeitsteilung nutzen. Gewisse Stärken der deutschen *Creative Industries* liegen eher bei kleinen Firmen.

Der zweite Teil der Fragen lässt sich in dieser Allgemeinheit, glaube ich, nicht zielführend beantworten.

- 3 Welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich in der digitalen Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit aus ökonomischer, arbeitsrechtlicher und gesellschaftlicher Perspektive (Stichworte hier: digitale Ökonomie, neue Selbständigkeit, digitale soziale Sicherheit, Mobilität und permanente Erreichbarkeit, Arbeitnehmerdatenschutz, etc.)? (Frage der SPD-Fraktion)

Mit der Digitalisierung der Ökonomie erreichen wir eine neue Stufe vernetzter Ökonomie, bestehend aus vielen kleinen Firmen und selbstständigen Teilnehmern, und wenigen großen Firmen, die als Netzknoten dienen. Dies zeigt sich in einem Abbau der industriellen, fabrikgestützten Produktionsweise hin zum eher diffusen Komplex der Dienstleistungsgesellschaft.

Aufgrund der technischen Voraussetzungen der digitalen Medien, aber auch aufgrund der wachsenden Akademisierung in der Gruppe der Berufsanfänger, steigt der Anteil selbstständiger Arbeitnehmer, die angesichts der spezifischen Ausprägung ihrer Tätigkeit häufig mit Recht abhängige Selbstständige genannt werden. Diese Arbeitsverhältnisse sind gekennzeichnet durch hohe Mobilität, niedrige Permanenz, verringerte soziale Sicherheit und einer Auflösung solidarischer Organisation (Gewerkschaften).

Entstehende Asymmetrien in diesen Beschäftigungsverhältnissen werden durch die bestehenden gesetzlichen Regulierungen nur partiell



ausgeglichen. Hier sind im einzelnen Nachbesserungen nötig. Ähnliches gilt für den Schutz von Arbeitnehmern in den Betrieben, etwa beim Arbeitnehmerdatenschutz.

4. In welchem Umfang bedarf es eines Ausbaus der bisherigen Kommunikations-Infrastruktur, um den zukünftig zu erwartenden Verkehrsmengen gerecht zu werden? In welchem Umfang wird das Verkehrsvolumen in der festnetzgestützten bzw. mobilen Kommunikation in welchen Zeiträumen anwachsen? (Frage der FDP-Fraktion)

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu erhalten, ist eine flächendeckende breitbandige Netzversorgung unabdingbar.

Wie sich das Verhältnis von Festnetz zu mobilen Netzanschlüssen entwickelt, ist nicht sicher vorher zu sagen. Während das Festnetz als Backbone selbstverständlich weiterhin ausgebaut werden muss (Glasfasernetz), verschiebt sich die Endnutzung zu den Funknetzen, teils um dem Bedürfnis nach Mobilität gerecht zu werden, teils, weil dies auch innerhalb enger lokaler Grenzen einfachere Zugänge verspricht (gebäude- oder geländebezogenes WLAN, auch orts- oder stadtteilbezogenes WiMax).

5. In welcher Art haben sich Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen für Menschen und Gesellschaften durch das Internet verändert, welche Vor- und Nachteile sehen Sie in diesen Veränderungen und welchen Mitbestimmungs- und Regelungsbedarf sehen Sie für den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im digitalen Zeitalter? (Frage der Fraktion DIE LINKE.)

Mit den neuen technischen Möglichkeiten sind erhebliche Veränderungen der Arbeitsprozesse verbunden. Dies ist in den konkreten Berufen verschieden, aber alle sind gekennzeichnet durch formalere Arbeitsweisen, erhöhte Abstraktionsniveaus, höhere Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung, Bereitschaft zu lebenslangem Lernen oder verstärkte Kommunikation, auch über große Entfernungen.

Eine besondere Entwicklung ist die Ausweitung der Kontrolle über den Arbeitsprozess nicht nur durch die Arbeitenden sondern auch innerhalb der betrieblichen Hierarchie. Als dringend zu schliessende Lücke muss der Datenschutz am Arbeitsplatz besser geregelt werden. Ob dies durch ein gesondertes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz oder durch eine Ergänzung des Bundesdatenschutzgesetzes erfolgt, ist m.E. ohne große Bedeutung.



Regulierung

1. Welche Herausforderungen und möglicherweise auch Gefährdungen bringt die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur der digitalen Gesellschaft mit sich und wo besteht hier politischer oder rechtlicher Handlungsbedarf (Stichworte hier: Zugang, Breitband, Rechtsdurchsetzung, Netzverwaltung und -kontrolle, Netzneutralität, Verantwortlichkeiten, etc.)? (Frage der SPD-Fraktion)

Zugang zu einem breitbandigen Netzanschluss sollte als Teil einer informationellen Grundversorgung verstanden werden. Um das Innovationspotenzial des Internets zu erhalten und zu fördern, ist die Netzneutralität also die Gleichberechtigung aller Netzteilnehmer beim Empfang und beim Versenden von Inhalten, unbedingt zu erhalten.

2. Welche Herausforderungen gehen mit der Digitalisierung und der weltweiten Vernetzung einher und wo besteht rechtlicher Anpassungsbedarf (Rechtsdurchsetzung, Konvergenz der Medien – Konvergenz des Rechtes, Urheberrecht, Informations- und Datenrecht, Persönlichkeitsrechte, etc.)? (Frage der SPD-Fraktion)

Dies sind eine Fülle von Fragen, von denen ich eine besonders kontroverse aufnehmen will.

Rechte am geistigen Eigentum stehen im Mittelpunkt internationaler Wirtschaftsverhandlungen. Obwohl das geistige Eigentum Monopolrechte auf Zeit für die Autoren, Verwerter oder Erfinder gewährt, sind an seiner Aushandlung meist nicht alle Betroffenen beteiligt. Federführend sind überwiegend die Rechteinhaber, während das unterliegende Interesse der Öffentlichkeit nur schwach repräsentiert wird und angesichts der vertraglichen Ergebnisse auch nur wenig sichtbar ist. Mit dem Internet haben sich die Rechtsansprüche erheblich ausgeweitet, während die Ansprüche der Öffentlichkeit auf die kulturelle Teilhabe an den durch ihre Förderung entstandenen kulturellen Artefakte mehr und mehr zurückgedrängt werden. Schutzfristen des Urheberrechts und in vielen Fällen auch die deutlich kürzeren Schutzfristen des Patentrechts sind bis zur faktischen Monopolisierung ausgedehnt. Gleichzeitig nehmen die Verletzungen der Rechte am geistigen Eigentum unter den Bedingungen des Internets erheblich zu. Mir erscheinen angesichts dieser kontroversen Situation neue Ausgleichsformen unerlässlich.

3. Wie hat sich die Rolle und die Gestaltungsmöglichkeit des Verbrauchers durch die Digitalisierung verändert. Wie haben sich die Nutzungsformen des Internets in den letzten Jahren gewandelt und welche Veränderungen erwarten Sie innerhalb der nächsten 5 bzw. 10 Jahren? Wie kann man Verbraucher/innen effizienter im Hinblick



auf neue Formen von Internet-"Abzocke" schützen (z.B. bei Phishing, Internetabofallen etc.)? Wie wirken die Transparenzanforderungen und Informationspflichten für Internetprovider? Droht hier eine Informationsüberflutung oder ist der Weg steigender Informations- und Impressumspflichten für Webanbieter weiterhin sinnvoll? (Frage der FDP-Fraktion)

Das Internet hat sich zu einem wesentlichen Vertriebsweg entwickelt über den derzeit etwa die Hälfte des Versandhandels abläuft. Dies wird in den nächsten Jahren weiterhin zunehmen. Gleichzeitig nehmen Missbrauchsfälle zu – vom SPAM bis zum Phishing. Hier ist rechtliche Nachregelung nötig.

Eine klare Kennzeichnung von Internetsangeboten ist wichtig, selbst wenn es Verbrauchern gelegentlich überflüssig erscheint. Ein "zu viel" an Transparenz kann es aus Verbrauchersicht nicht geben. Dies darf sich freilich nicht zur übermäßigen Last für die Händler entwickeln. Was dringend zu regeln ist sind anwaltliche Abmahntechniken, die vor allem einen finanziellen Vorteil im Auge haben und den eigentlichen Zweck verfehlen, nämlich der Einhaltung des Wettbewerbsrechts.

4. Bringt das Internet andere oder neue Monopolpotentiale mit sich und stellen diese ggf. Rechtssetzung und Politik vor neue Herausforderungen? Auf welche Weise kann der politische Gestaltungsspielraum in Bezug auf die Bildung von auch transnationalen Monopolen ausgeschöpft werden? (Stichworte: Netz, Suchneutralität, crossmediale Konzentration etc.) (Frage der Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen)

Vor der Öffnung des Internets für kommerzielle Teilnehmer 1995 gab es eine monopolartige

Verwaltung des Internets. Diese hat sich nun in eine Struktur mit oligopoler Neigung gewandelt. Sowohl die Zugangsdiensteanbieter wie die Medieninhalteanbieter sind von ökonomisch starken Teilnehmern geprägt; eine Tendenz die eher zunimmt.

Die zugrunde liegende Technik bietet allerdings kleinen Anbietern und Newcomern hinreichende Chancen, ihre Angebote zu platzieren – solange das Netz alle Anbieter und Teilnehmer gleichberechtigt behandelt. Netzneutralität ist also eine Voraussetzung für einen gerechten, marktneutralen und innovationsfördernden Betrieb des Netzes; sie sollte unbedingt erhalten bleiben.

5. Sehen Sie rechtliche Maßnahmen der letzten Jahre, die den freiheitlichen Charakter des Internets bereits kontraproduktiv beschränkt haben oder geeignet sind, den freiheitlichen Charakter des Internets



zu verändern? Welche netzpolitischen Verfehlungen hat es in den letzten 5 bis 10 Jahren gegeben? (Frage der Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen)

An Versuchen das Internet zu regulieren hat es nicht gefehlt. Die extremsten dieser Versuche sind gescheitert. Ich bin geneigt zu sagen: „es gibt noch Richter in Karlsruhe.“

Wichtig scheint mir, dass wir Ausgleiche finden. Um ein Beispiel zu nennen: einerseits brauchen wir zuverlässige Teilnehmerauthentifizierung im Geschäfts- und Rechtsverkehr; andererseits muss eine anonyme Nutzung des Netzes zu Informationszwecken oder zum erkennbar anonymen Meinungs-austausch gesichert bleiben.

- 6 Wie beurteilen Sie die Veränderung des Charakters des Internets als einem in Nutzung und Zugang freiheitlichen, offenen Medium unter der Maßgabe seiner fortschreitenden Einhegung, Zensur und Regulierung und damit einhergehenden Zerstörungen von Innovationspotentialen, und wie beurteilen Sie Forderungen, dass das Internet als Universaldienst gelten sollte, der unter die öffentliche Daseinsvorsorge fiele? (Frage der Fraktion DIE LINKE.)

Das Internet ist in einem akademischen Umfeld entstanden, in dem bestimmte Freiheitsrechte, wie z.B. das Recht auf freie Meinungsäußerung, der Verzicht auf Zensur oder Respekt vor dem Schutz persönlicher Daten besonders hochgehalten wird. Dies hat sich auf das seit 1995 entstehende kommerzielle Internet übertragen, wo die spezifische Form des akademisierten Umgangs im Netz auch viele innovative Entwicklungen freigesetzt hat. Da diese Rechte im vollen Einklang mit unserer Verfassung stehen und zudem zum Kerngehalt einer demokratischen Gesellschaft gehören, sollten sie in besonderem Maße geschützt werden.

Das Internet hat inzwischen den Charakter eines Universaldienstes angenommen, den ich gleichrangig beispielsweise zu Straßenbau, öffentlichem Gesundheitswesen oder Wasserversorgung sehe. Netzzugang sollte deshalb als eine informationelle Grundversorgung für alle Bürger gelten.

Digitale Spaltung

1. Welche Chancen und welche möglichen Gefährdungen bringt die digitale Gesellschaft aus soziologischer Perspektive und für den Einzelnen wie für die Gesellschaft und wo besteht hier Handlungsbedarf in den Bereichen Bildung und Medienkompetenz, Daten-, Informations- und Verbraucherrecht, auch um der neuen digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken? (Frage der SPD-Fraktion)

Das Internet bietet dem Einzelnen eine große Chance, sich vielfältig und umfassend zu informieren und seine eigenen Meinungen Ansichten anzubringen. Voraussetzung ist ein allgemeiner und diskriminierungsfreier Zugang. Wir brauchen eine informationelle Grundversorgung für alle Bürger zu akzeptablen Bedingungen.

Neben diesen objektiven Voraussetzungen sind freilich subjektive Bedingungen zu erfüllen. Der mündige Bürger muss mündig sein, das heißt zum mündigen Bürger erzogen werden. Dies sind Anforderungen an die Bildungsträger in allen Stufen.

Mit der Nutzung dieser Technik sind freilich Anforderungen an den einzelnen verbunden, die auch jetzt schon eine, freilich gerne übersehene, Hürde darstellen: um das Netz als mündiger Bürger nutzen zu können, muss man literat sein. Solange wir eine vermutete funktionale Analphabetenquote (Erwachsene, die z.B. einfache Bedienungsanleitungen und schriftliche Arbeitsanweisungen nicht lesen können, Formulare nicht ausfüllen können oder Automaten nicht bedienen können) von 6% - 11 % der erwachsenen Bevölkerung haben, trägt unsere Gesellschaft die digitale Spaltung in sich.

Natürlich sind Daten-, Informations- und Verbraucherrechte den Anforderungen der digitalen Netze und Medien anzupassen.

2. Stellt sich die Frage einer "gerechten Verteilung" von Rechten an Informationen im Verhältnis zum "Interesse der Gesellschaft" an einem freien Zugang zu Informationen? Ist die mögliche "Digitale Spaltung" ein Phänomen, das eher durch staatliches/politisches Handeln abgeschwächt werden kann (so wie z.B. das Zurückdrängen des Analphabetismus durch eine staatliche Bildungs-/Schulpflicht) oder wird es sich eher ohne staatliche Eingriffe abschwächen (so wie z.B. im Rundfunkbereich wo wir bei Fernsehgeräten einen Verbreitungsgrad von nahezu 100% haben). (Frage der FDP-Fraktion)

Tendenziell sind im Gefolge der Deregulierung viele finanzielle Hürden des Zugangs zu den digitalen Medien und Netzen gefallen. Gleichzeitig werden aber Lücken der Infrastruktur sichtbar. Das Angebot breitbandigen Netzzugangs kann möglicherweise nur durch striktere regulative Vorgaben erreicht werden. Dies ist aber eine poli-



tische Bedingung der "gerechten Verteilung." Es bleiben also trotz erfolgreicher Deregulierung wichtige Fragen des regulierten Ausbaus der Infrastruktur.

(Zur Frage des Analphabetismus siehe unter 1 .)

3. Welche Herausforderungen sehen Sie durch die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche für die Gesellschaft und den Gesetzgeber, und welche Maßnahmen erachten Sie für nötig, um allen Menschen, egal ob jung oder alt, reich oder arm, eine umfassende gleichberechtigte Teilhabe an dieser Entwicklung zu ermöglichen? (Frage der Fraktion DIE LINKE.)

Die Teilhabe an den digitalen Medien und Netzen ist am einfachsten durch niedrige Eingangsschwellen zu erreichen. Während die Gerätekosten und die Kosten des Betriebs tendenziell allen Bürgern die Teilhabe ermöglichen sind weiterhin Schritte zu einer umfassenden Infrastruktur in Form breitbandiger Netzzugänge nötig. Dies betrifft auch den Ausbau des mobilen Netzes.

Neben diesen technischen Voraussetzungen sind Bildungsvoraussetzungen zu schaffen, die eine mündige Nutzung dieser Medien ermöglichen sollen.

4. Welche neuen Formen von Inklusion und Exklusion in Deutschland und der Welt hat das Internet hervorgebracht und welche Maßnahmen auf welchen Ebenen bedarf es, um die digitale Spaltung in Deutschland und weltweit zu verhindern bzw. abzubauen? (Frage der Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen)

Bei seiner Einführung war die Möglichkeit der Teilhabe am Internet und den Digitalen Medien durch finanzielle Hürden beschränkt. Dies ist tendenziell überwunden, wenngleich nicht im internationalen Maßstab. Dennoch zeichnet sich eine Entspannung in dieser Frage ab, die freilich noch mehr Unterstützung brauchen könnte.

Die aktive Teilnahme am Netz setzt freilich mehr voraus: Bildung und die Bereitschaft zu einer solchen Teilnahme. Dies sind keine technischen Fragen und es sind keine neuen Fragen.



Datenschutz

- 1 Welche Bedeutung hat der Schutz personenbezogener Daten im Internet auch im Vergleich mit dem Datenschutz in der analogen Welt, welche Entwicklungen können Sie erkennen und wie bewerten Sie diese? (Frage der Fraktion DIE LINKE.)

Datenschutz ist keineswegs obsolet. Seine Bedeutung steigt mit den Möglichkeiten des Internets, wengleich seine Umsetzung schwieriger wird. Wir haben natürlich die große Bewegung von den staatlichen Datensammlern hin zu den privaten Datensammlern. Viele Annahmen der Datenschutzregeln müssen ständig an die technischen Entwicklungen angepasst werden. Zu den großen Veränderungen gehört es, dass die Fiktion des mündigen Bürgers, der selbst über seine Daten entscheiden kann, für die immer jüngeren Nutzer sozialer Netzwerke nicht mehr zu halten ist. Hier ist großer Aufklärungs- und gegebenenfalls auch Regulierungsbedarf.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Datenschutzdiskussion immer wieder auf die Entscheidung des einzelnen Betroffenen konzentriert wird („Ich habe nichts zu verbergen!“), wo es eigentlich um den Schutz der anderen geht, deren Verfügung über ihre Daten nur durch ihre jeweils eigene Entscheidung geregelt werden kann. Ständig fort zu schreibender Datenschutz ist eine verfassungsmäßig vorgegebene Aufgabe, die durch keine technische Entwicklung, auch nicht wegen der globalen Vernetzung, aufgegeben werden darf.

Green IT

Wie lässt sich über das Bestehende hinaus ganzheitliche nachhaltige Green-IT realisieren (Stichworte: öffentliche Beschaffung, Entsorgung, Arbeitsbedingungen, Produktionsketten)? (Frage der Fraktion DIE LINKE.)

Ökologisch vertretbare Nutzung der Informationstechnik wird zu einem wichtigen Parameter der Entwicklung – mit gesellschaftlichen Folgen. Dies kann im Einzelfall zu erhöhten Beschaffungskosten führen, die durch geeignete Maßnahmen wie Beschaffungsvorgaben oder Produktionsrichtlinien neutralisiert werden sollten. Da sich viele ökologische Entscheidungen langfristig durchaus auch als ökonomisch günstige Entscheidungen erweisen, sehe ich zum Beispiel für große Rechenzentren keinen besonderen Handlungsbedarf. Anders mag dies für Konsumartikel der IT aussehen. Hier ist der Markt zu beobachten und die Informationstechnik bei erkanntem Bedarf wie andere Konsumgüter zu regulieren.



Internationale Strukturen

1. Das "Internet" ist ein von nationalstaatlichen Grenzen unabhängiges Medium. Wenn man betrachtet, dass es zum einen Länder wie Deutschland gibt, die eine sehr hohe Regelungsdichte haben (Jugendschutz, Datenschutz, Verbraucherschutz) und zum anderen solche Länder, in denen solche Vorgaben von untergeordneter Bedeutung sind welches "Regel"-Modell wird sich langfristig eher durchsetzen? Gibt es innovative Regelungs- und Kooperationsansätze, die es dennoch in dem internationalen Kontext erlauben, wirksam gestaltenden Einfluss auf Entwicklungen im Internet zu nehmen? (Frage der FDP-Fraktion)

Sicherlich müssen Regulierungen immer wieder auf Sinn und Effektivität hin geprüft werden. es gibt aber keinen Grund, sinnvolle, effektive Regeln abzubauen, nur weil ein vermeintliches Weltniveau anders aussieht. Ich bin optimistisch und glaube, dass unsere erfolgreichen Regulierungen Modellcharakter haben – wir müssen das eben offensiv im internationalen Kontext vertreten.

2. Wird dem Datenschutz in allen Bevölkerungsgruppen der gleiche Stellenwert eingeräumt oder ergeben sich insoweit Unterschiede (Alter, Bildungsniveau, Geschlecht, ethnische Herkunft etc.)? Gibt es ein Spannungsfeld zwischen dem persönlichen Bedürfnis nach Sicherheit in Anonymität und dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sicherheit durch Offenheit? Wie bewerten Sie die Möglichkeiten die das neue Internetprotokoll IPv6 bezüglich der Priorisierung von Datenpaketen bietet insbesondere im Hinblick auf das Prinzip der Netzneutralität? Stellt sich die Frage einer Neuordnung des Haftungsrechts im Hinblick auf Internet-Intermediäre (z.B. WLAN-Betreiber; Sharehoster; Admin-C; Access Provider)? Wie lässt sich eine Neuordnung international erreichen? (Frage der FDP-Fraktion)

Datenschutz als Schutz der eigenen persönlichen Daten ist am wichtigsten in der Jugend und wird am ehesten im Alter wahrgenommen. Diese verquere Situation kann nur durch Aufklärung deutlich gemacht und verbessert werden. Es sind nicht nur die Bildungseinrichtungen gefordert; nötig ist auch eine umfassendere alltägliche Darstellung der Risiken, die mit der allzu leichtfertigen Preisgabe persönlicher Daten verbunden sein können. Fraglos hängt die Aufmerksamkeit gegenüber dem Datenschutz mit dem Bildungsniveau zusammen. Natürlich gibt es ein Spannungsfeld zwischen dem persönlichen und dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sicherheit. Diese politische Diskussion muss selbstverständlich ständig geführt werden.



Wir dürfen das Ziel, gleichberechtigten Zugang zum Internet für alle Bürger zu garantieren, nicht aus den Augen verlieren. Nicht zuletzt deshalb hat die Zustellung von Informationen als Dienstleistung neutral zu erfolgen. Zugangsdiensteanbieter (Access Provider) haben dabei eine neutrale Vermittlungsfunktion. Von daher ist darauf zu achten, dass Diensteanbieter, die sowohl den Zugang anbieten wie auch eigene Inhalte bereitstellen, diese unterschiedlichen Aufgaben nicht vermischen.

Es ist unakzeptabel und nach meiner Auffassung auch rechtswidrig, wenn die Weiterleitung von Informationspaketen abhängig vom Absender, Adressaten, oder gar den Inhalten gesteuert wird. Auch die programmierte (maschinelle) Inspektion von Inhaltsdaten verstößt gegen den Datenschutz und grenzt an verfassungswidrige (in diesem Fall private) Zensur. Falls sich die Debatte um die Netzneutralität in Deutschland verschärft, sind diese Forderungen gesetzlich zu explizieren.

3. Bedarf es angesichts der Internationalität des Internets neuer oder internationaler Strukturen? (Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen)
